

NIEDERDEUTSCHES HEIMATBLATT

Mitteilungsblatt der Männer vom Morgenstern
Heimatbund an Elb- und Wesermündung e. V.

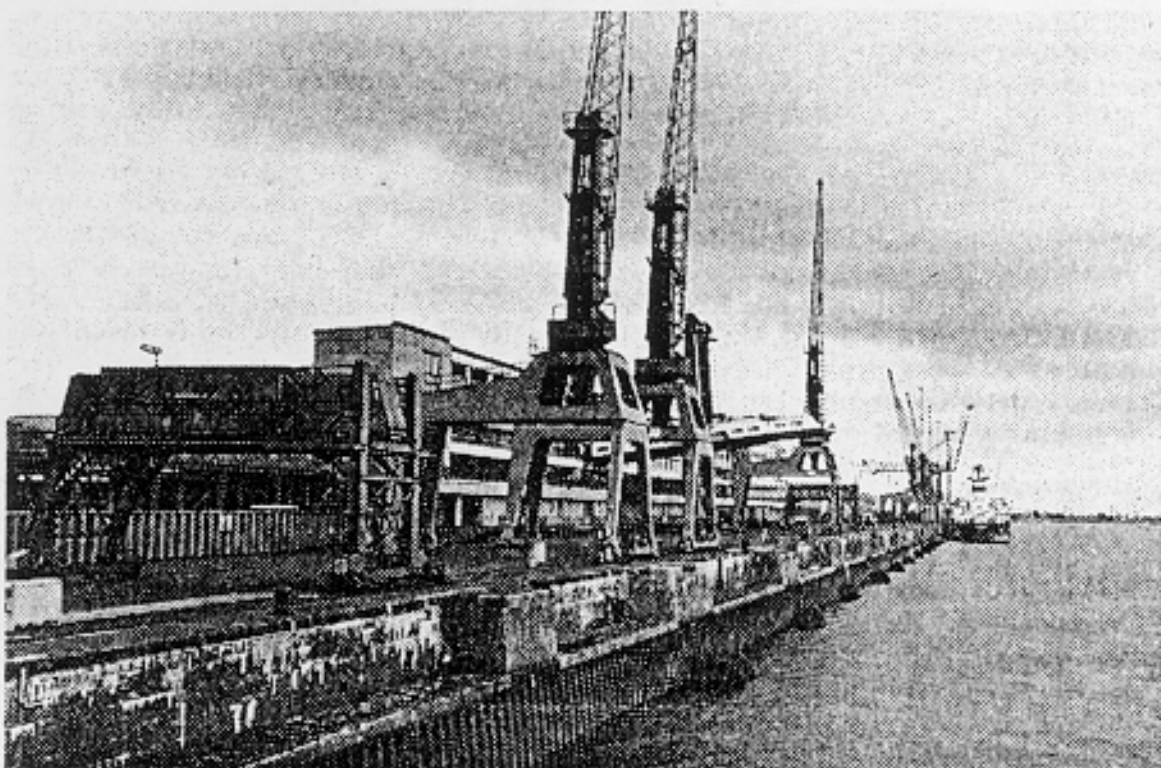
Postvertriebsstück T 1914 E
Gebühr bezahlt

April 1992
Nr. 508



„Das darf nicht weg!“

Maritime Industriekultur und Arbeitswelt in Bremerhaven



Columbuskaje, 1985

(alle Fotos: D. J. Peters, DSM)

„Sichtbare Schiffahrtsgeschichte in Bremerhaven“ heißt das Thema dieser Sonderausstellung, die ca. 150 Fotografien des Fotoklubs der VHS Bremerhaven vom heutigen Bremerhaven zeigt.

Es handelt sich um eine Dokumentation der vorhandenen Geschichtsspuren, wobei der fotografische Aspekt die entscheidende Rolle spielt. Die Fragestellung an die Fotografen lautete, was ist heute noch von der 165jährigen Geschichte Bremerhavens als Schiffahrtszentrum im Stadtbild sichtbar.

Anlässlich des 27. Deutschen Seeschiffahrtstages, der vom 21. bis 23.

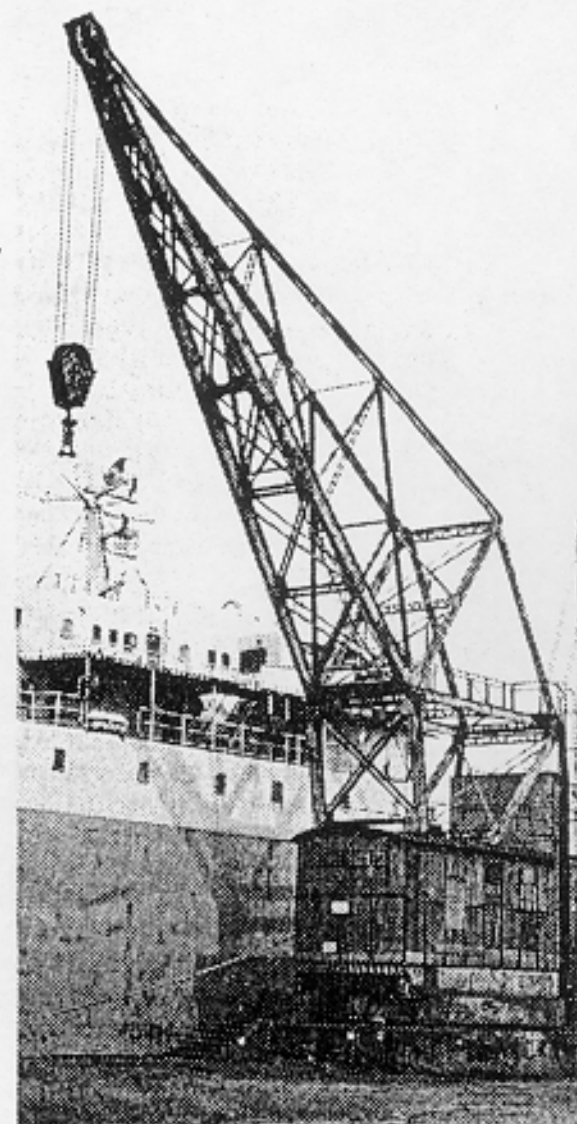
Mai 1992 hier stattfindet, möchte die Abteilung Industriearchäologie am DSM, die sich zu einem beachtenswerten Forschungszentrum für die Industriekultur und Arbeitswelt an der Küste herausgebildet hat, auf die Bedeutung der Hafen- und Schiffahrtsbauten für die Stadtopographie aufmerksam machen.

Die maritime Industriearchäologie, eine neue Wissenschaftsdisziplin, erforscht die deutsche Schiffahrtsgeschichte aus dem Blickwinkel der heute noch vorhandenen historischen und modernen Bauten sowie Fahrzeuge. Diese technischen Kulturdenkmäler der Hafen- und Schiffahrtsgeschichte

stellen die wichtigsten Informations-träger dar, die inventarisiert, dokumentiert und befragt werden müssen.

Noch sind der hydraulische Drehkran an der nördlichen Westseite des Kaiserhafens I, der HAP-Schuppen am Ostkai des Neuen Hafens oder das ehemalige Debeg-Gebäude (Halle für Proviant und Lager vom Norddeutschen Lloyd, später Strohsackfabrik, jetzt Deichbühne) vorhanden. Noch kann man den Deichdurchlaß bei den Tiergrotten, durch den die Auswanderer und das Kleingepäck für Gepäck zu den an der Weserufermauer wartenden Schiffen liefen, sowie die Schienenwege und Pflasterungen am Alten Hafen, Neuen Hafen, in den Kaiserhäfen und Fischereihäfen entdecken. Noch kann man den Reparaturslip der ehemaligen Schiffbaugesellschaft Unterweser am Fischereihafen I in Betrieb sehen. Was wird aus der Kaiserschleuse, und wer soll die enormen Sanierungskosten tragen? Wie kann man dem Besucher die Funktion des Wencke-Docks anschaulich erklären?

Die aus der Perspektive des Schiffahrtshistorikers und Industriearchäologen interessanten technischen Einzelheiten von Kaimauern, Trokkelendocks und Schleusen befinden sich oft unsichtbar im Schlick oder im Wasser versteckt. Außerdem sind viele Wasserbauten von ihrem äußeren Erscheinungsbild her nicht gerade besonders attraktiv. Trotzdem sind diese technischen Bauten als erhaltenswürdige materielle Zeugen der Industriekultur und Arbeitswelt Bremerhavens einzustufen, obwohl sie nicht unter Denkmalschutz stehen. Auch plädiere ich dafür, die schutzwürdigen Objekte möglichst an ihrem angestammten Ort



Hydraulischer Drehkran, 1988

zu belassen, sie nicht an anderer Stelle wieder aufzubauen oder sie in das Museum zu transportieren, wie jüngst bei einigen Gedenksteinen geschehen.

Diese einmalige historische Hafentopographie – noch ist sie in Ansätzen vorhanden – macht den unverwechselbaren maritimen Charakter der Seestadt als Hafen-, Werft- und Hochseefischereimetropole aus, mit dem sich die hier lebenden Menschen identifizieren und von dem die auswärtigen Besucher fasziniert sind.

Deshalb wäre es sinnvoll, wenn die Sammlungen und Ausstellungen zur Bremerhavener Schiffahrtsgeschichte koordiniert und die historischen Seg-

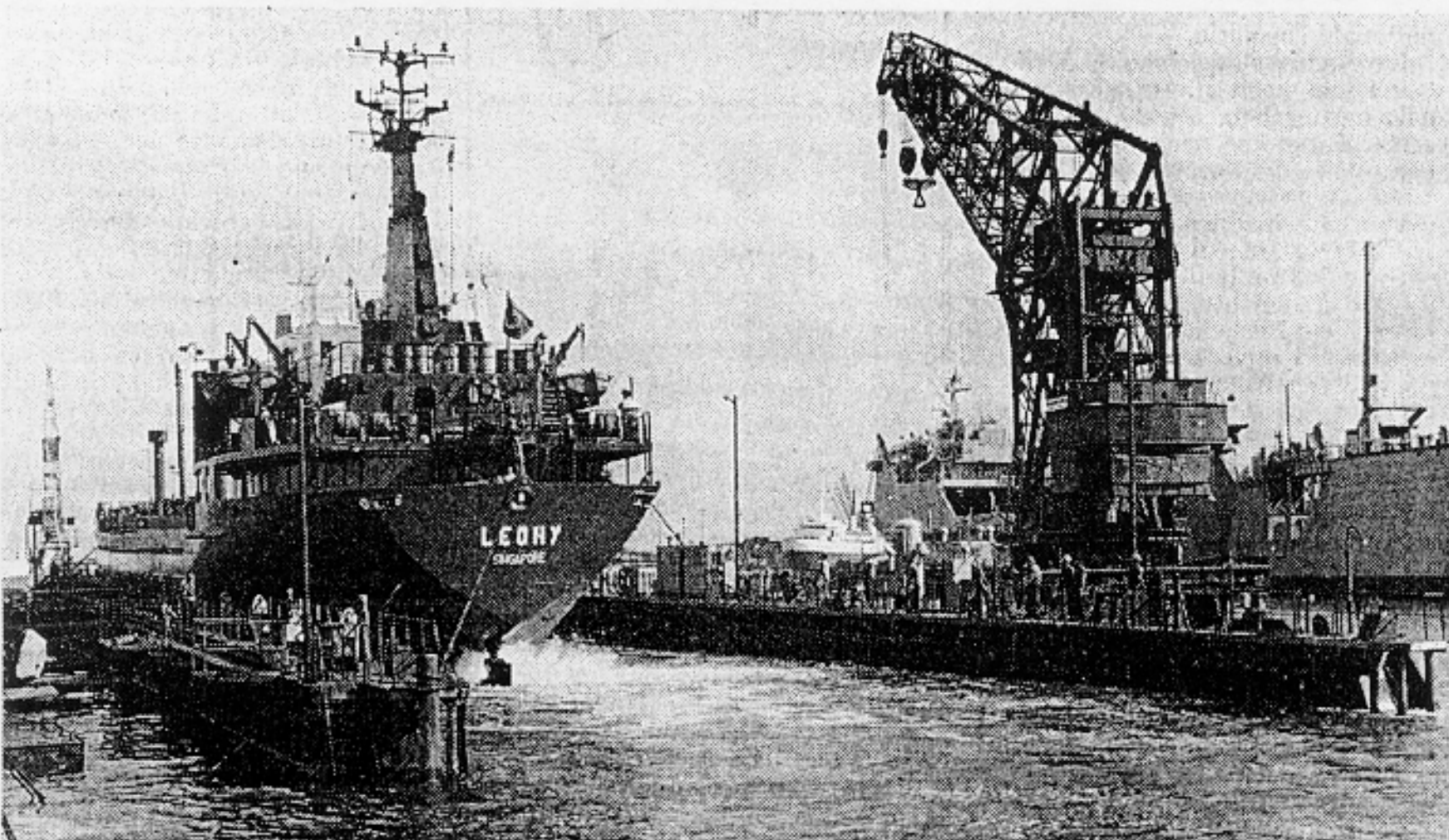
Maritime Industriekultur und Arbeitswelt in Bremerhaven. Sonderausstellung im DSM vom 16. Mai bis 6. September 1992

ler und Arbeitsfahrzeuge in Ergänzung der Museumsflotte des DSM im Bereich des Alten und Neuen Hafens konzentriert werden würden.

Zukunftsweisende Tourismuskonzepte sollten sanierungsbedürftige Hafenflächen und Industriebrachen, günstig in der Innenstadt und am Wasser gelegen, nicht immer sofort leerräumen, sondern auf dem historischen Fundament aufbauen, indem man schutzwürdige Hafenschuppen, Fischerei- und Werfthallen stehenläßt, sie behutsam restauriert und durch stilvolle moderne Architektur ergänzt.

Die wenigen, heute noch vorhandenen materiellen Zeugnisse unserer gemeinsamen Industriekultur und Arbeitswelt in dieser Stadt hätten es verdient, stärker beachtet zu werden, um sie der Nachwelt zu erhalten.

Dirk J. Peters



Der Schwimmkran „Langer Heinrich“ und das Dock am Kaiserhafen I sind weg! Foto 1984

Die Cholera machte üble Zustände offenbar

Dr. Wilhelm Gröning – ein Vorkämpfer für eine humanere Auswandererpolitik

Der bremische Amtmann Dr. Wilhelm Gröning, der im Oktober 1850 zum Nachfolger des verstorbenen Johann Daniel Thulesius ernannt wurde, ist in der Geschichte Bremerhavens keine unumstrittene Persönlichkeit. Georg Bessell etwa, Verfasser der „Geschichte Bremerhavens“, selbst ein entschiedener Demokrat und Autor von Beiträgen für die Monatschrift der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) der Weimarer Republik, sah in ihm nur den machtbewußten, eiferstüchtig auf seine Würde bedachten, gelegentlich hochfahrenden Konservativen, der es sich bereits kurz nach seinem Amtsantritt in Bremerhaven mit allen verdorbenen hatte. Dieses negative Bild durchzieht die einschlägigen Passagen seines Buchs wie ein roter Faden. Zu tief war die Kluft zwischen Bessells eigenem politischen Standpunkt und dem Grönings, um daneben andere und gewiß positivere Seiten im Wirken dieses Mannes unvoreingenommen zu sehen. Sicher hatte sich Gröning mit seiner kantigen und konfliktfreudigen Art viele Gegner in der Marine, bei den Gefolgsleuten des Pastors Wolf sowie bei der Bürgerschaft und ihren Vertretern gemacht. Als Sachwalter bremischer Interessen stand er namentlich dem wachsenden Autonomiestreben Bremerhavens, das ihm nach eigenem Bekunden doch nur als „Stiefkind Bremens“ gegolten haben soll, mit Abneigung gegenüber und bewies damit nur wenig politische Weitsicht. Das Bild dieses Beamten bleibt aber verzerrt, wenn man nicht auch solche Züge an ihm hervorhebt, die bislang weniger bekannt sind und doch uneingeschränkt Anerkennung verdienen. Dazu gehört zweifellos sein engagiertes Eintreten für eine humanere Auswandererpolitik.

Seit Gründung der Stadt im Jahre 1827 hatte sich Bremerhaven zum wichtigsten deutschen Auswandererhafen entwickelt. 1852 traten 58 000 und 1854 sogar bereits 79 000 Menschen von hier die Reise nach Übersee an. Zur selben Zeit warteten ständig zwischen 5000 und 8000 Emigranten oft wochenlang auf die Abfahrt ihrer Schiffe, und dies in einer Stadt, die selbst gerade rund 4000 Einwohner zählte. Die Unterbringung, Beköstigung und nicht zuletzt die medizinische Versorgung der Auswanderer verursachten der Stadt Probleme, auf die sie zunächst nicht vorbereitet war. Sie stellte Tanzsäle und ähnliche Notunterkünfte bereit, bis der Bau des Auswandererhauses 1849/50 durch den Bremerhavener Kaufmann und Spediteur Johann Georg Claussen die Lage wenigstens teilweise entspannte. Immerhin beherbergte es bis zu 2000 Emigranten und versorgte aus der Kantine 3500 Gäste. Aber immer noch blieb manches zu tun, denn das Auswandererhaus brachte zwar in vieler Beziehung eine Linderung der drückendsten Not, doch stand auch hier schon bald manches nicht unbedingt zum besten.

In einem Gutachten an den Bürgermeister Meier und die Gesundheits-Polizei-Commission in Bremen vom 24. Januar 1854¹ erweist sich Dr. Gröning zunächst als scharfer und hartnäckiger Kritiker der vorgefundenen Mißstände. So spricht er sich zwar anerkennend über die richtige Einsicht Claussens aus, der „ein Hospital in seinem Auswandererhaus angelegt“ habe, da für Kranke unter den Emigranten bei der allgemein katastrophalen Lage der Krankenfürsorge in der Stadt sonst wenig gesorgt wäre. Dieses Hospital genüge jedoch den Ansprüchen nicht, die der Amtmann an eine solche Einrichtung stellte: „theils ist das Hospital zu klein und mangelhaft eingerichtet, ... theils ... ist es, wie jeder Arzt zugeben wird, so-

wohl für die Kranken als für die gesunden Auswanderer bedenklich, ein Hospital in einem oft von mehreren Tausenden bewohnten Hause zu halten.“ Die räumliche Enge, die ungenügende medizinische Ausstattung und die besonders bei Infektionskrankheiten gefährliche Nähe zu den Massenunterkünften der Gesunden im Auswandererhaus sind nicht die einzigen Mängel, die Gröning rügt. Im Zusammenhang mit der 1853 vor allem unter den Auswanderern verbreiteten Cholera-Epidemie, die üblen Zustände im Auswandererhaus erst offenbar gemacht hatte, bringt er weiteres zur Sprache, wobei er selbstkritisch auch eigene Versäumnisse erwähnt: „Das Amt kann es nicht genügend bedauern, ... der Sorgfalt der hiesigen Vertreter der Expedienten und des Personals des Auswandererhauses ein zu großes Vertrauen geschenkt zu haben. Denn so gewiß es ist, daß die Cholera in diesem Sommer von Außen ... eingeschleppt wurde, so läßt sich doch ebenso wenig in Abrede stellen, daß die ein Mal eingeschleppte Cholera in der Ueberfüllung des Auswandererhauses, in dessen mangelhafter Ventilation (=Belüftung, d.V.) und theilweise auch in unzureichender Beköstigung, namentlich schlechtem frischem Brod, mächtige Bundesgenossen ge-

funden hat.“ Entschuldbar seien die eigenen Versäumnisse allein durch den guten Ruf, den das Heim in der Vergangenheit besaß. Vorwürfe macht Gröning auch den Expedienten, die mit Rücksicht auf die Vergrößerung ihrer Gewinne „der Sorge für den Gesundheitszustand der Auswanderer oft störend in den Weg getreten“ sind. Ein damals eilig und mit einigen Kosten hergestelltes provisorisches Hospital hat zwar manchem Kranken Hilfe gebracht, „gewiß ist aber, daß manche Auswanderer erkrankten, ohne daß ihnen die erforderliche ärztliche und sonstige Pflege gewährt wurde“. Sollte es zu einer ähnlichen Notlage wie 1853 kommen, so fehle es jetzt in Bremerhaven „an Allem und Jedem“. Die Situation drohte sich noch dadurch zu verschärfen, daß – wie Gröning schreibt – Claussen aus Raummangel „sehnlich wünschen muß und wirklich wünscht, sein Hospital aufgeben zu können“.

Gröning gibt sich jedoch in der schon mehrfach zitierten Schrift nicht allein als scharfer Kritiker der aufgezeigten Mißstände, er entwickelt darüber hinaus in ihrem konstruktiven Teil einen umfassenden Maßnahmenkatalog zu ihrer Beseitigung, wobei er seine eigenen humanitären Bemühungen mit den materiellen Interessen der

Auswanderer sowie der bremischen Expedienten in Einklang zu bringen sucht. Zunächst fordert er, daß ihm ein Arzt in Bremerhaven zur Seite gestellt werde, der die nötige fachliche und persönliche Qualifikation besitzt und fähig und willens ist, das Amt bei der Wahrnehmung seiner umfangreichen gesundheitspolizeilichen Aufgaben tatkräftig zu unterstützen. Dazu zählten insbesondere: eine regelmäßige Untersuchung der Auswanderer, um Krankheiten schon im Frühstadium zu erkennen und kostengünstig zu behandeln. Möglichst täglich sollte sodann das Auswandererhaus in Augenschein genommen werden, um eine Überbelegung zu verhindern. Eine Unterbringung der Emigranten in Wirtshäusern dritter und vierter Klasse kam jedoch nach Gröning nicht in Frage, „da dies das Auswanderergeschäft erschweren und am Ende den Auswanderern selbst zum Unsegen ausschlagen (würde), indem die dann notwendig steigenden Preise sie von Bremen fort nach anderen Plätzen treiben müßten“. Mit der verstärkten Aufsicht über das Auswandererheim wollte Gröning auch „eine oft wiederholte Untersuchung der Speisen“ verbinden, um eine gesunde Ernährung der Auswanderer sicherzustellen. Ent-

Fortsetzung Seite 3

Vergessen, Auswählen und Weglassen oder Erfinden

Vom zweifelhaften Umgang mit der Geschichte

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde vielerorts in (West-)Deutschland von vielen geklagt, „uns“ drohe die „Geschichtslosigkeit“. Zweifellos gab es nach 1945 Jahre, in denen Geschichtsunterricht an den Schulen und Beschäftigung breiter Bevölkerungskreise mit Geschichte hierzulande wenig oder gar nicht stattfanden. Das hatte nicht zuletzt mit dem verlorenen Krieg, den daraus resultierenden materiellen Nöten und der abhandengekommenen staatlichen Einheit und Souveränität Gesamtdeutschlands zu tun. Doch wer über die Jahrzehnte hinweg die Benutzerräume der öffentlichen Archive erlebte, wer sich mit orts- und landeskundlichem oder übergreifend geschichtlichem Schrifttum befaßte, weiß, daß zu keiner Zeit „Geschichtslosigkeit“ drohte. Freilich wechselten Intensität, Häufigkeit und Themen beim Umgang mit der Historie. Und darum vor allem ging es wohl seinerzeit den Propheten der „Geschichtslosigkeit“. Sie vermißten die nationale Thematik.

Inzwischen sind solche Befürchtungen kaum noch zu vernehmen. Das galt auch schon, als die weltpolitischen Ereignisse noch nicht abzusehen waren, die Europas und Deutschlands Landkarte so dramatisch veränderten. Geschichte war und ist wieder „in“. Davon können mehr noch als Archivare und Bibliothekare die Betreuer der geschichtlich ausgerichteten Museen ein Lied singen. So erfreulich dies ist, so unverkennbar jedoch ist diese Beschäftigung, dieses Interesse oft mehr Freizeitkonsum als wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Dazu fehlt es vielfach nicht nur an Intensität und Gründlichkeit, sondern vor allem an Kenntnissen.

Letzteres gilt oft und leider aber auch für sehr engagierte Laien, die sich dann leicht übernehmen. Mit Recht wurde deshalb kürzlich in einer Fachzeitschrift angemerkt, daß manchmal die Geschichtskenntnisse der forschenden und publizierenden Laienhistoriker, Heimatforscher usw. nicht Schritt hielten mit deren Geschichtsbegeisterung. Problematisch wird es ferner, wenn je nach Tagesbedarf und Geschmack einzelne geschichtliche Vorgänge und Ereignisse

herausgestellt, andere zum jeweiligen Thema gehörende aber nicht berücksichtigt werden, oder wenn zumindest zweifelhafte Überlieferungen falsch als gesichert hingestellt werden. Da bleibt dann die wissenschaftliche Seriosität auf der Strecke.

Um nicht mißverstanden zu werden: nach wie vor verdient das Interesse mehr oder weniger engagierter Laien an Beschäftigung mit Historie Anerkennung und Förderung. Und auch Forschung und Publikation sind gewiß kein Privileg der examinierten Gelehrtenzunft. Daß aber Forschung und Publikation in Sachen Geschichte sich an gesicherte Fakten halten müssen, nichts Wesentliches vorsätzlich weglassen dürfen und obendrein bestimmte Grundkenntnisse benötigen, das sollte eigentlich nicht streitig sein.

Lauenburgische Heimat



Heimatbund und Geschichtsverein Herzogtum Lauenburg e.V. - Heft 131
Dezember 1991

Lokalpatriotismus, tourismusorientierte oder politische Motive sind da nicht immer hilfreich. Man hat das gerade in letzter Zeit allenthalben bei den anstehenden oder vermuteten Ortsjubiläen beobachten können.

Nein, „Geschichtslosigkeit“ ist im Deutschland von heute bestimmt nicht zu konstatieren. Statt deren droht eine andere Gefahr. Der aus dem

heimischen Wana stammende amtierende Präsident der Hamburger Musikhochschule, Prof. Dr. Hermann Rauhe, hat unlängst sehr nachdrücklich davor gewarnt: „Die eigenen Wurzeln werden bestenfalls in nostalgischer Absicht sehr elektrisch ausgegraben ... Die eigene Geschichte gerät zum Selbstbedienungsladen.“ Nämlich dann, wenn man sich das „Passende“ aussucht und das „Störende“ wegläßt. Da mag man an Friedrich Nietzsches rund 120 Jahre zurückliegenden Buchtitel „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ denken. So bitte nicht! „Erfinden“ dürfen die Poeten, nicht die Historiker.

Gerade in diesen Tagen ist zu lesen von einer heftigen Kontroverse zwischen dem Herzogtum-Lauenburger Kreisarchivar Dr. Kaack und Interessenten und Lokalpatrioten der Stadt Lauenburg an der Elbe, die „ihr“ Gemeinwesen als Stadt im rechtlichen Sinne um 17 Jahre älter machen wollten – 1243 anstelle von 1260, obwohl der gesicherte Nachweis fehlt. Selbst die Datierung auf das Jahr 1260 ist nicht zweifelsfrei. Es sei, so meint Dr. Hans-Georg Kaack in der Zeitschrift „Lauenburgische Heimat“ (Dezember 1991) resignierend, „mit sachlichen Gesichtspunkten nichts mehr zu erwidern“. Den Fachgenossen kommt das alles recht bekannt vor ...

(Bei der vergleichenden Stadtrechtsbetrachtung im genannten Heft werden auch Otterndorf und das Land Hadeln bedacht, die bekanntlich jahrhundertlang dieselben Landesherren hatten, wie Ratzeburg und Lauenburg – eben die Herzöge von Sachsen-Lauenburg. Besonders hingewiesen wird in dem Zusammenhang auf die grundlegende rechtsgeschichtliche Veröffentlichung von Dr. Hermann-Uwe Dettmer, das Otterndorfer Stadtrecht betreffend).

Mit eben diesem Buch hat man, seit zwei Jahrzehnten übrigens, ein Beispiel dafür, wie exakte, der Sache verpflichtende, ebenso gründlich wie umfassend angelegte Geschichtsschreibung aussehen kann. Der Lesbarkeit tut es keinen Abbruch, und Werbung gehört wohl nicht zu ihren Aufgaben.

Dr. Rudolf Lembcke

Ein alter Lehrer kämpfte um sein Recht

In Kührstedt war man wenig schulfreundlich

Ein Archivar hatte vor einiger Zeit Bederkesas Pfarrarchiv geordnet. Dabei waren einige Akten zur Schulgeschichte unseres Raumes zum Vorschein gekommen. Auf den ersten Blick scheint diese Handvoll Papiere für uns heute nicht viel mehr herzugeben. Genauer Hinsehen erlaubt dennoch manche Einblicke. So zeigt sich in dem Bündel, das Kührstedt betrifft, daß dieser Ort Mitte des vorigen Jahrhunderts wenig schulfreundlich war.

Da erfahren wir, wie Kührstedt offensichtlich seinen Pflichtbeitrag zur Besoldungsanhebung für seinen langjährigen verdienten Lehrer Böckmann in grober Form abgelehnt haben muß. In dem ersten vorhandenen Schreiben (vom Königl. Consistorium zu Stade, 8. 1. 1861) heißt es nämlich, daß „... der Schulgemeinde wegen der in der Vorstellung enthaltenen ungeziemenden Schreibweise ein nachdrücklicher Verweis zu ertheilen“ sei. Die Behörde weist auf die gesetzliche Grundlage ihrer Anordnungen hin und klärt Kührstedt außerdem darüber auf, daß die dem Lehrer aus öffentlichen Mitteln bewilligte Stellenzulage bei den vom Ort selbst aufzubringenden Schulgeldern „nicht mitzurechnen“ sei. Auch möge man gefälligst „ungesäumt über den bei Aufbringung der hier fraglichen 20 Reichsthaler zu Grunde zu legenden“ Aufteilungsschlüssel einen Beschluß fassen. Dem Schulvorstand wird zur Antwort eine Frist von vier Wochen gesetzt. Bei Verstreichenlassen des Termins „Strafandrohung“. Das bedeutet ein Aus für die Absicht Kührstedts, den Lehrer finanziell hängen zu lassen und ihm einfach die ihm vom Staat gewährte „persönliche Zulage“ vom anteiligen Beitrag des Ortes abzuziehen, selbst also auf Kosten des Lehrers billiger davonzukommen.

Zunächst muß man wissen, daß bis ins 19. Jhdt. hinein der Lehrerberuf ein Anlernberuf war. Stellunglose Pfarramtskandidaten, verabschiedete Soldaten, vom Vater unterwiesene Lehrersöhne oder andere angelernte junge Leute wurden von den Dörfern, den Schulgemeinden bzw. den Schulvorständen angestellt und recht kümmerlich bezahlt. Zur Schulgemeinde gehörten alle die Familien, die Kinder zur Schule schickten und deshalb regelmäßig einen Geldbetrag für die Bezahlung des Lehrers zu entrichten hatten. Bei der mehr als kümmerlichen Lehrerbesoldung gewährten die staatlichen Behörden den Lehrern mitunter Stellenzulagen (s. o.). Böck-

mann erhielt insgesamt nur 34 Reichstaler jährlich. Dieses Geld hatte so viel Wert, daß sich Böckmann seinerzeit dafür hätte 12 Zentner Roggen kaufen können. Fürs tägliche Brot bei einer Familie mit sieben Kindern knapp genug. Doch das bare Geld brauchte man für die sonst so notwendigen Anschaffungen, Kleidung, Hausrat etc. Die Nahrung mußte der Dorfschullehrer sich aus den ihm zugewiesenen Schulländereien erwirtschaften. Die umfaßten zwar 11 ha, 74 a, 84 m² (Lit.: Hansen in „Kührstedt und Alstedt 1139–1989“), wurden aber z. T. dem Stelleninhaber angerechnet. Außerdem hatte Böckmann den Großteil dieser Schulländereien erst nach der Gemeinheitsenteilung in Kührstedt (um 1850) zugewiesen bekommen, vieles davon Öd- bzw. anmooriges Land. Das mußte er erst selbst kultivieren, mit Gräben durchziehen und mit Einfriedigungen versehen. Dafür gab es zwar Staatszuschüsse, doch hatte Böckmann eine Menge Vorleistungen aufzubringen.

Alt und krank muß nun der „als ausgezeichnete Lehrer beurteilte Diederich Hinrich Böckmann“ (Lit.: Hansen, s. o.) selbst die Initiative ergreifen, um zu einem ihm zustehenden Recht zu kommen. Nach „meinem Dienstantritt im Herbst 1816“ (so schreibt er selbst) in Kührstedt, nach 46 Jahren treuer Arbeit an der Schullandjugend Kührstedts also, will Böckmann als 70jähriger im Herbst 1862 in den Ruhestand treten. Zwei Dinge möchte er zuvor geregelt wissen: Sicherung einer zum Lebensunterhalt ausreichenden Pension und Ersatz für seine Aufwendungen, die er bei der Kultivierung der Schulländereien nachweisbar aus eigener Tasche bezahlt hat. Kührstedt ist nicht bereit, auch nur den geringsten Beitrag zur Pension des um den Ort verdienten Lehrers zu leisten. Erst als die Königl. Kirchenkommission die Schulgemeinde an ihre Pflichten erinnert, kommt es zu einer Gemeindeversammlung. Von der Hartherzigkeit der Kührstedter berichtet folgendes Protokoll:

„Gemeindeversammlung der Schulgemeinde Kührstedt in der Schule daselbst den 20. Juli 1862. Anwesend Pastor Graue, Lehrer Böckmann, Schulvorsteher Peper u. 19 Gemeindeglieder.“

Zweck: Berathung über einen von der Gemeinde zu leistenden Beitrag zu der Pension des Schullehrers Böckmann.

Die Gemeinde ist auf ordnungsmä-

ßige Weise angesagt, Haus bei Haus mit Angabe des Zwecks. Es wurde das Ausschreiben Königl. Kirchen-Commission verlesen.

Die Versammlung protestirt einstimmig gegen die Annahme der K. Kirchen-Commission in dem genannten Schreiben, als ob der Gemeinde wider Willen derselben ein Beitrag zu der Pension des Lehrers auferlegt werden könne. Die Versammlung erklärt, falls die Gemeinde zur Leistung eines Beitrages gezwungen werde, nur der Gewalt weichen zu wollen.

Bei der Berathung darüber, ob die Gemeinde freiwillig einen Beitrag zu der Unterhaltung des B., falls derselbe seinen Dienst zu Herbst d. J. niederlegt, geben wolle, wird der Vorschlag gemacht, dem Lehrer B. im Falle seiner Dienstentlassung zu Michaelis d. J. eine jährliche Unterstützung von 20 Rthl. auf 5 Jahre, falls er so lange am Leben ist, zu bewilligen.

Dieser Vorschlag wird unter den 20 anwesenden Gemeindegliedern zur Abstimmung gebracht und mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Pastor Graue und Lehrer Böckmann haben nicht mitgestimmt.

Johann Holwegs protestirt gegen diesen Beschluß und überhaupt gegen jede Leistung der Gemeinde zur Pensionierung des Lehrers B.

Der Lehrer Böckmann erklärt, falls ihm das Consist. in Stade eine jährliche Pension von 50 Rthl. auf Lebenszeit bewilligt, mit einer Unterstützung von Seiten der Gemeinde im Beitrag von 20 Rthl. jährlich auf 5 Jahre zufriedensein zu wollen, in diesem Falle zu Herbst d. J. seinen Dienst niederzulegen und allen Ansprüchen auf die Einnahme daselbst zu entsagen, nachdem ihm die bis Michaelis d. J. laufende jährliche Einnahme ausgezahlt worden sei.

Die Mehrheit der Versammlung spricht sich ferner dahin aus im Betreff der Beitragskosten, daß jene Summe von 20 Rthl. – auf 5 Jahre – halb nach dem Höfefuß und halb auf alle Schulinteressenten nachbargleich verteilt werde. Im übrigen soll die Bewilligung der 20 Rthl. auf fünf Jahre keine Gültigkeit haben, falls nicht der Lehrer B. zu Herbst d. J. sein Amt niederlegt; falls der Lehrer B. vor Ablauf der 5 Jahre sterben sollte, fällt die Pension von selbst weg. Die Pension wird postnumerando (= nachträglich zahlbar) ausgezahlt.

Vorgelesen und genehmigt: G. H. Graue, Pastor – J. K. Peter – D. H. Böckmann, Lehrer“

Aus obigem Protokoll ist herauszulesen, daß Kührstedt seinen alten Lehrer, da nun alt und krank, jetzt weghaben möchte. Von einer Witwenversorgung ist keine Rede. Im Alter von 15 Jahren hatte Böckmann (geboren 1792) zu unterrichten begonnen. Er war somit 55 Jahre im Schuldienst. Eine erstaunliche Leistung!

Böckmann will zur Pensionierung endlich auch seine Ausgaben zur Verbesserung der Schulländereien erstattet sehen. Die Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit betreffen den größten Teil des Aktenbündels.

Da erfahren wir aus einem Schreiben „des weltlichen Kirchen-Commissairs für das Amt Lehe“, man habe zwar zur Unterhaltung der Einfriedigungen dem Lehrer einen Teil des Schullandes bei den Einkünften der Schulstelle nicht angerechnet. Aber für die „Kosten der ersten Herstellung“ hätte er „durchaus keinen Ersatz erhalten“. Der Schulgemeinde wird dann mitgeteilt, daß es ihre „Verpflichtung“ sei, für „die erste Herstellung der rechtmäßigen Befriedigungen um die Schulländereien aufzukommen“. Kührstedt hatte sich demnach nicht gerade beeilt, eine Regelung zu finden, wie dem Lehrer die seit einer Verhandlung im Jahre 1852 über die Herstellungskosten, und seit einer „Taxation“ im Jahre 1859 ermittelten Eigenkosten zu erstatten wären.

Die Kührstedter wehren sich mit formaljuristischen Gründen: ihre „Verpflichtung“ auf Ersatz der Vorleistungen des Lehrers sei nicht eindeutig aus dem Protokoll der Verhandlung im Jahre 1852 zu entnehmen. Der Kirchen-Commissair muß dies nun bestätigen, weist aber darauf hin, daß „der im Jahre 1852 abgeschlossene Vergleich ein den Lehrer benachteiligender gewesen“ sei. Es wird verlangt, dem Lehrer möge wenigstens „ein Theil“ der aufgewendeten Kosten erstattet werden.

In einem langen Schreiben bestätigt der Pastor Roth in Ringstedt den geschilderten Sachverhalt und bringt einen neuen Gedanken ein, Ersatz müsse Böckmann von seinem Nachfolger gezahlt werden. Das ruhe als „ein onus (= Verbindlichkeit) auf der Schulstelle“. Darauf läßt sich natürlich, wie Böckmann nun 1864 – also schon im Ruhestand – klagt, der Nachfolger

Fortsetzung Seite 4

Die Cholera ...

Fortsetzung von Seite 2

schieden forderte der Amtmann schließlich die Einrichtung eines ordentlichen Hospitals mit einer Kapazität von mindestens 25 und maximal 50 Betten, das in der Lage sein sollte, die Aufgaben aller bisherigen von der Auflösung bedrohten privaten und staatlichen Krankeneinrichtungen wahrzunehmen und diese zu ersetzen, wobei der Staat sich an den Kosten angemessen beteiligen sollte.

So bescheiden sich angesichts der heutigen Komplexität des sozialen Netzes Grönings Forderungen nach einer aktiveren staatlichen Gesundheits- und Sozialpolitik ausnehmen mögen: viele seiner Zeitgenossen waren den unerträglichen Zuständen auf dem Gebiet der allgemeinen und besonders der medizinischen Auswandererfürsorge gegenüber völlig unempfindlich. Sie verwiesen darauf, daß die Reise auf dem Zwischendeck den Auswanderern noch viel größere Strapazen bringen würde, als sie sie je im Auswandererhaus erlebt hätten. Von dieser menschenverachtenden und

mitteidlosen Betrachtungsweise, die nur die eigene Tatenlosigkeit rechtfertigen sollte, hielt Amtmann Grönning nichts. Freilich war ihm bewußt, daß man den Emigranten die Nöte und

Entbehrungen auf den Schiffen bei gefahrvoller Überfahrt nicht ersparen könne. Doch er vertrat die Ansicht: „Es ist ... nicht nothwendig, daß ihnen (davon) schon am Lande und na-

mentlich im Auswandererhause ein starker Vorschmack gegeben wird, vielmehr gebieten die Menschlichkeit und eine richtige Politik, die Auswanderer möglichst frisch und gesund auf die Schiffe zu liefern, damit sie den Strapazen der Reise desto besser gewachsen sind.“ Mit seiner von Humanität und praktischer Vernunft geleiteten Maxime unterschied sich Grönning wohlthuend von vielen Zeitgenossen, und wenn sich „der Ruhm der bremischen Fürsorge für die Auswanderer ... bald durch ganz Deutschland“ und darüber hinaus verbreitete, so kommt auch dem Amtmann Grönning ein Anteil daran zu.

Werner Sarholz

Anmerkungen:

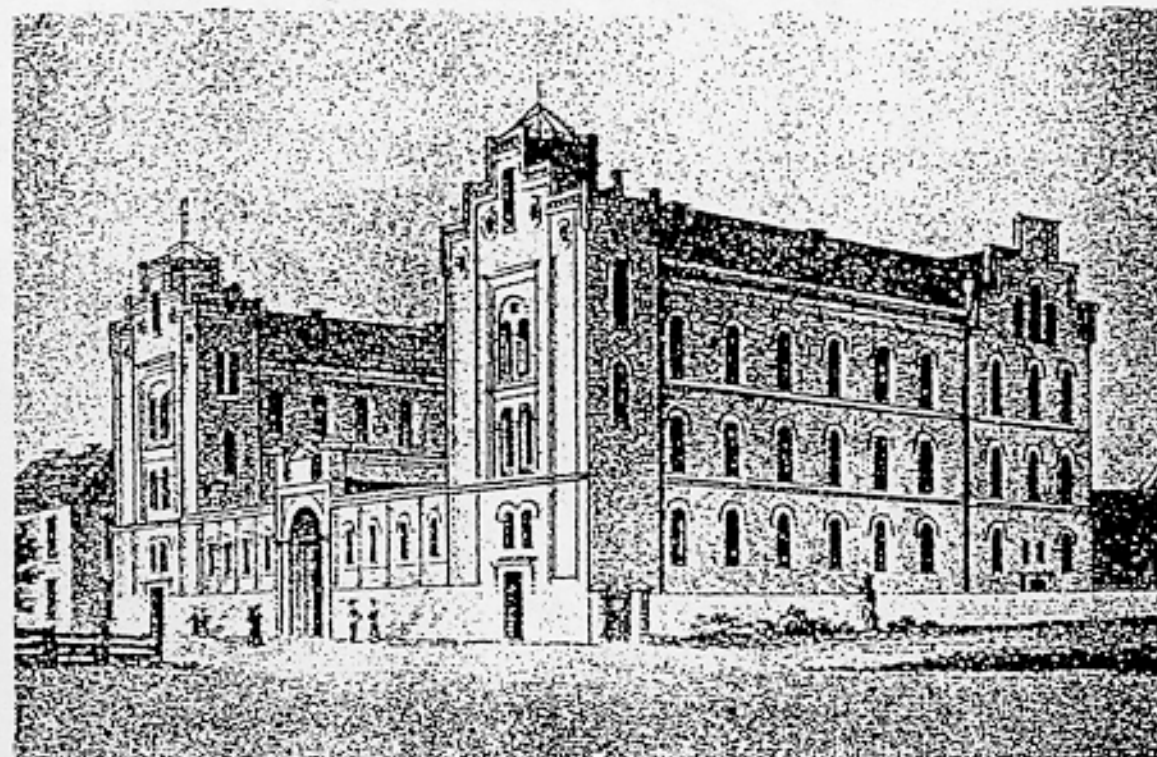
¹ G. Bessell, Geschichte Bremerhavens, hrsgg. vom Heimatbund der Männer vom Morgenstern; Neudruck der 1. Aufl. von 1927, Bremerhaven 1989, S. 359 f., 416 f., 430.

² Zum Auswandererhaus in Bremerhaven vgl. zuletzt H. E. Hansen, Auswandererhaus bot Platz für 2000 Menschen; in: Nordseekalender 1991, 43. Jahrgang, S. 90–92, sowie H. Brück, Bremen und Bremerhaven als Auswandererhäfen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts; in: JbMvM 63, 1984, S. 167–182.

³ StA Bhv. Fach 77, Nr. 10; das Aktenstück wird unten des öfteren zitiert.

⁴ G. Cornelius, Cholera in Bremerhaven vor 101 Jahren; in: NdHbl 62, 1955.

⁵ G. Bessell a.a.O. S. 361.



Das Auswandererhaus in Bremerhaven

UMSCHAU

Zum 36. Male Herdabende in Speckenbüttel

Bei der Niederdeutschen Bühne „Waterkant“ in Bremerhaven, die eben erst im Kleinen Haus des Stadttheaters mit der Premiere der Komödie „Blifft allens in de Familie“ von Ingo Sax aufwartete, haben inzwischen die Proben für die erste Produktion der 73. Spielzeit begonnen. Diesmal bereitet man für die beliebten sommerlichen Herdabende im Geestbauernhaus Speckenbüttel eine Neuinszenierung von Paul Jessens „Speel um een Schaap, een Koh un soss braadte Eier“ vor. Das vergnügliche Theaterstück, dessen Aufführungen an allen Freitag-, Sonnabend- und Sonntagabenden vom 17. Juli bis 30. August 1992 vorgesehen sind, stand in Bremerhaven bei der Waterkant-Bühne zuletzt anlässlich ihres 40jährigen Jubiläums 1960 in der Aula der Theodor-Sturm-Schule auf dem Programm. – Jetzt zeichnen Ursel Strauch für die Kostüme und Georg Suhr für die Bühnenbilder verantwortlich. Mitwirken werden Herma Brouwer, Karl-Hans Gebken, Alfred Hachmann, Hans-Joachim Hinze, Heinz-Georg Kruse, Kurt Lücke und Jan Siemer.

Tetjus Tügel 100 Jahre

Anlässlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages des eigenwilligen Malerpoeten Tetjus Tügel zeigt der von Barthold Hildebrandt geleitete Bremervörder Kultur- und Heimatkreis vom 9. Mai bis zum 7. Juni 1992 im Bremervörder Rathaus eine umfangreiche Ausstellung mit den Werken des Künstlers. Die Ausstellung soll anschließend bis Weihnachten noch im Schwedenspeicher-Museum Stade, im Christinenhaus Zeven und im Worpweder Barkenhoff zu sehen sein. – Begleitend hierzu wird ein anspruchsvoller Katalog herausgegeben. Darin wird die bewegte Vita Tügels dargestellt sowie sein bildnerisches und vor allem auch sein in Vergessenheit geratenes literarisches Schaffen untersucht. Die Präsentation dieses Katalogs erfolgt auf originelle Art durch den Autor Dr. Bernd Küsters, Wilhelmshaven, während einer Fahrt mit dem Triebwagen auf der Strecke des alten Moorexpress von Bremervörde nach Worpwede am 2. Mai 1992.

Studienfahrten

Die Studienfahrt „Kirchen im Lande Hadeln“ wird, wie bereits angekündigt, am Sonnabend, dem 16. Mai, wiederholt. Abfahrt 7.30 Uhr ab Cuxhaven – Stadtparkasse, 8.15 Uhr ab Bremerhaven – Hauptbahnhof. Da noch einige Busplätze frei sind, können Anmeldungen vorgenommen werden bei Hans Hinrichs, Cuxhaven, Friedrich-Carl-Straße 11, Tel. 0 47 21/3 39 09. Auch noch Plätze frei sind für die Fahrt „Burgen, Schlösser, Städte und Museen an Werra, Oberweser und im Lipper Land“ von Montag, den 15. Juni, bis Donnerstag, den 18. Juni. Übernachtung insgesamt in Carlshafen, Anmeldung ebenfalls unmittelbar bei Hans Hinrichs.



Düt un dat ut de Muuskist

Speelt wi Skaat?

De drie Geestemünner Geschäftslüüd hebbt vele Jahren Freedag abends bi Edmund Hummel ehren Skaat speelt: Hein, Korl un Mandus.

Eenmal hebbt Korl un Mandus sik dull in de Plünnen kregen. „Dat will ik di man seggen: Du büst 'n utgemeakten Bedreger un 'n ganz venienschens

Fast achtzigjährig ist am 29. März 1992 die stellvertretende Schriftführerin unseres Heimatbundes, Carla Heyne, geb. Lauterbach, nach mehrwöchigem Krankenlager gestorben.

Im Alter von 25 Jahren kam die gebürtige Bremerin mit ihrem Mann 1937 in die damalige Stadt Wesermünde, und zwar zunächst nach Wulsdorf, wo auch ihre Söhne aufgewachsen sind. 1960 zog die Familie an den Berliner Platz, wie der bisherige Geestemünder Altmarkt seit 1959 hieß.

Der damalige MvM-Schriftführer Georg Hunger hat Carla Heyne dann dort 1969 zur Mitarbeit bei den Verwaltungsgeschäften in unserer Vereinigung gewonnen, zunächst zum Führen der Beitragskartei. Und dann ist es ihr so ergangen, wie es bei Goethe im „Faust“ heißt: „Zufällig naht man sich. Man fühlt, man bleibt; und nach und nach wird man verflochten.“ Noch zur Zeit des langjährigen Schatzmeisters Dr. Fritz Ernst half sie mehr und mehr bei der Bewältigung der Kassengeschäfte und des Buchver-

sands, den sie mit ihrem Mann umsichtig ausbaute. Nach dem Tode des bisherigen stellvertretenden Schriftführers Walter Höpcke wurde sie 1977 erstmals in dieses Vorstandsamt bei den „Männern vom Morgenstern“ gewählt. Bei ihr liefen bald auch die Fäden bei der Abwicklung der beliebten MvM-Studienfahrten zusammen.

Unermüdlich hat Carla Heyne also fast zweieinhalb Jahrzehnte für uns gearbeitet. Sie war die gute, treue Seele unseres Heimatbundes und jederzeit für unsere Mitglieder ansprechbar, auch als sie 1981 mit ihrem Mann in die neue Wohnung im Hause Boriesstraße 1 umgezogen war. Zweifellos reißt ihr Heimgang eine große Lücke in unsere Kreise.

Auf ihrer letzten Postkarte aus dem Krankenhaus vierzehn Tage vor ihrem Tode, meinte Frau Heyne noch hoffnungsvoll, bald wieder für uns dazusein. Es war ihr offenbar nicht unwichtig: „Die MvM-Arbeit läuft weiter. Alle Heynes machen mit.“

Nun, die Heynes werden nach dem schmerzlichen Verlust ihrer sie bis-



lang umsorgenden Ehefrau bzw. Mutter ebenso in ihrem Engagement nicht nachlassen, wie manche andere Morgensterner auch. Carla Heyne hat ein gutes Beispiel gegeben. Ihres emsigen Wirkens für unseren Heimatbund werden sicher viele von uns in Dankbarkeit gedenken.

Heinrich E. Hansen

Ein alter Lehrer . . .

Fortsetzung von Seite 3

Borchers nicht ein. Böckmann macht auch deutlich, daß er bei seiner Pensionierung keinesfalls darauf verzichtet habe, seine Forderung von „circa 68 Rhtl. welche ich doch größtenteils bar oder gleich zu erhalten hoffen dürfte, gegen eine Pension von 100 Rhtl in zehnjährigem Termin a 10. Rhtl sollte ausgleichen und fahren lassen. Demnach würde bei meinem 73-jährigen Alter meine Pension vielleicht nicht allein gleich Null, sondern die Schulgemeinde noch im Vortheil sein“. Außerdem weist Böckmann darauf hin, daß erst durch seine Arbeit die einst aus Moor, Heide und Ödland bestehenden Schulländereien „unentgeltlich“ zu gutem Land „umgeschafft“ und im „jährlichen Miethwerth“ gestiegen seien.

Nun können hier nicht die Auflistungen der vom Kührstedter Schulvorsteher C. Kornahrens und vom Tagelöhner Hinrich Schlie bestätigten „Melioramentenrechnung des weil. Schullehrers Böckmann zu Kührstedt seit den Jahren 1851 bis Michaelis 1862“ angeführt werden. Doch sei, um ein Bild zu bekommen, eine Zusammenfassung vorgestellt. Lehrer Böckmann will auf eigene Kosten eingerichtet haben: (von Ruthen und Fuß auf Meter umgerechnet)

523,04 m „doppelter Wall“
2161,04 m „einfacher Wall“ z. T. mit „55 3/5 Hundert eingelegter Paten“ (= Stecklinge)

107,41 m „Graben“ (2,04 m breit)

35,03 m „Weißdornhecke“

37,36 m „Befriedigung“

2 Schlagbäume

gepflanzt: „3 Zwetschenbäume, die jetzt schon tragen. 1 Apfelbaum, 2 Lindenbäume“

hergestellt:

Kultivierung und (Boden)-„Gaare“

Daraus werden insgesamt errechnet:

68 Rhtl 11 ggr 5 d (Rhtl = Reichstaler,

ggr = Gute Groschen, d = Pfennige)

Diese Summe ist fast so hoch wie eine Jahrespension für Böckmann, aber so überzogen auch wieder nicht, wenn man bedenkt, daß er selbst schreibt: „Weil ich und meine Frau von einer Pension von 70 Rhtl sehr knapp leben müssen, ich in einem kränklichen Alter von beinahe 73 Jahren bin . . . so mag meine Bitte umso nötiger und billiger erscheinen.“

Der Schriftwechsel wächst, denn inzwischen hat sich der Superintendent Holthusen, Flögeln, der die Schulaufsicht ausübt, eingeschaltet. Lehrer Borchers schreibt, er habe rechtens keine Ablösung an seinen Vorgänger Böckmann zu zahlen. Organist Hincke in Bederkesa und Lehrer Jürgens in Drangstedt werden 1864 als Gutachter zugezogen. Beide besichtigen alles in Kührstedt und begründen bis ins einzelne, daß „als billige Ausgleichung zwischen dem zeitigen Lehrer Borchers und dem pens. Lehrer Böckmann“ letzteren „41 Rhtl, 6 ggr, 3 d billiger Weise zu vergüten sind.“

Borchers aber will auch auf diese neue Abrechnung nicht eingehen, da Böckmann doch „Nutzniesung“ von den Ländereien gehabt und „Beihülfe“ erhalten habe. Er selbst hätte schon 28 Rhtl seinem Vorgänger als „Antheil am Landertrag“ und 28 Rhtl an die Schulgemeinde für die im Herbst 1862 übergebenen und bereits mit angekauftem Dünger bestellten Ländereien gezahlt.

Auch 1865 schwebt die Angelegenheit immer noch. Das Kirchen-Commissariat Lehe schlägt vor, man möge erneut verhandeln und eine „gütliche Vereinbarung“ zwischen den beiden Lehrern betreiben, „wobei dem Lehrer Borchers auch Namens Unser zu eröffnen ist, daß er sich der Verpflichtung, seinem Vorgänger die wirklich von diesem beschafften Melioramente . . . zu vergüten, nicht entziehen könne . . .“

Dennoch scheinen sich die Verhandlungen festgefahren zu haben. Denn im Juni 1865 zieht der Kirchen-Commissar/Abteilung für Volksschulen einen Schlußstrich: Böckmann werden 10 Rhtl von staatswegen bewilligt. Damit wird amtlicherseits „die fragliche Melioramentenangelegenheit als erledigt“ angesehen. Punktum!

Fazit: Böckmann erhält nicht, was ihm zusteht. Er stirbt 1867. Der junge Lehrer Borchers fängt mit finanzieller Belastung an. Kührstedt als Eigner der von den Lehrern erst erschlossenen und ertragreich gemachten Schulländereien ist ohne eigenen Beitrag zur „Melioramentenrechnung“ davongekommen. Klaus Dobers



Veranstaltungen der Männer vom Morgenstern

Mai 1992

Sonnabend, 2. Mai: Tagesfahrt „Kirchen im Lande Hadeln“, Leitung: Hans Hinrichs

Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Wremen-Hofe, Marschenhof: Sitzung von Vorstand und Beirat der Männer vom Morgenstern

Sonnabend, 9. Mai: Kleine Wanderung an der unteren Este; Leitung: G. Wurche

Mittwoch, 13. Mai, 17–19 Uhr, Bremerhaven-Sp., Marschenhaus: MvM-Klönstunde; Leitung: Heiner Thees

Freitag, 15. Mai, bis Sonntag, 17. Mai: Fahrradexkursion nach Bremervörde und zur Wingst auf wenig bekannten Wegen; Leitung: Ude Meyer und Sönke Hansen

Sonnabend, 16. Mai, 15 Uhr, Wremen-Hofe, Marschenhof: Tagung der familienkundlichen Arbeitsgemeinschaft der Männer vom Morgenstern; Leitung: Bernd Behrens

Sonnabend, 16. Mai: Wiederholung der Tagesfahrt „Kirchen im Lande Hadeln“, Leitung: Hans Hinrichs. Abfahrten: 7.30 Uhr Cuxhaven – Stadtparkasse, 8.15 Uhr Bremerhaven Hbf.

Mittwoch, 20. Mai, 19 Uhr, Bremerhaven-W., Seniorenhus an der Bremer Straße: Tagung der Arbeitsgemeinschaft „Flurnamen“, Leitung: Fritz Hörmann und Eberhard Nehring

Sonnabend, 23. Mai: Fahrradexkursion an Geeste, Rohr und Grove, vornehmlich unter ökologischen Aspekten; Leitung: H. Peters

Mittwoch, 27. Mai: Studienfahrt nach Wangerooge; Leitung: Dr. Heinrich Schulte am Hülse. Abfahrt: 6 Uhr Hauptbahnhof Bremerhaven, Rückkehr zwischen 22 und 23 Uhr.

Niederdeutsches Heimatblatt

Druck und Verlag:

Ditzen Druck und Verlags-GmbH

Hafenstr. 140, 2850 Bremerhaven

(Postcheckkonto Hamburg 13 696)

Das Niederdeutsche Heimatblatt erscheint monatlich als Verlagsbeilage der Nordsee-Zeitung. Es kann gesondert zum Bezugspreis von jährlich DM 15,- per Post bezogen werden. Redaktionsausschuß: Bernd Behrens, Karl-Heinz Carstens, Klaus Dobers und Heinrich Egon Hansen. Stellungnahmen, Manuskripte und Beiträge richten Sie bitte an:

Bernd Behrens, Muggenburgweg 2,
2857 Langen, ☎ (0 47 43) 55 87